

Die Staffelbacher schöpfen Hoffnung

REAKTIONEN Die „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach“ sieht es als großen Erfolg an, dass das Bundesverkehrsministerium nach einer Alternative sucht und mit dem Autohof in Knetzgau kooperieren will.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Staffelbach - Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: Das Bundesverkehrsministerium sucht nach einer Alternative zur umstrittenen Raststätte an der Maintalautobahn A 70 bei Staffelbach. Nach Angaben von Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner ist für den Bund denkbar, zusammen mit einem privaten Partner den bestehenden Autohof in Knetzgau zu erweitern. Darüber hinaus wolle das Ministerium nun vorrangig zwischen Bamberg und Bayreuth nach einem geeigneten Standort suchen. Auf der 120 Kilometer langen Maintalautobahn zwischen Bayreuth-Kulmbach und Schweinfurt-Werneck gibt es mit Ausnahme des Autohofes Knetzgau keine Raststätte.

Horst Melber, Sprecher der „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach“, ist in jedem Fall begeistert: „Die Mühen der letzten zwei Jahre habe sich gelohnt.“ Die Zusage des Bundesverkehrsministeriums, mit dem Autohof in Knetzgau einen Vertrag zu schließen, sei ein Meilenstein im Kampf gegen die geplante Tank- und Rastanlage bei Staffelbach.

Sehr viel Zeit investiert

Man habe sehr viel Arbeit und Zeit in die Sache gesteckt, um an den verschiedenen Stellen in Berlin, München und bei der Autobahndirektion Nordbayern zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Den Grund für den jetzigen Erfolg sieht Melber in einem ganzen Mosaik. „Unsere Bürgeraktion, die Gemeinde, Politiker aller Parteien und auch der Betreiber des Autohofes in Knetzgau haben letztlich an diesem außergewöhnlichen Erfolg teil“, so Melber.

„Das ist ein erfreulicher Tag für die Gemeinde, vor allem für die Staffelbacher“, zeigte sich auch Bürgermeister Carsten Joneitis einen Tag nach der Nachricht sichtlich erfreut. Steter Tropfen höhlt den Stein. Diese Redensart umschreibe wahrscheinlich am besten den Vater des Erfolgs. Die „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach“ als auch die Gemeindevertreter seien nicht müde geworden, immer wieder namhafte Politiker nach Staffelbach einzuladen und von den Plänen zu unterrichten.

„Der Einsatz der Staffelbacher war außergewöhnlich.“

ANDREAS LÖSCHE

„Mir war von Anfang an bewusst, dass sich die geplante Tank- und Rastanlage bei Staffelbach nur noch auf politischem Weg verhindern lässt“, sagte Bürgermeister Carsten Joneitis. So kamen Politiker aller Fraktionen nach Staffelbach: CSU-Generalsekretär Karl-Theodor zu Guttenberg, Staatssekretärin Melanie Huml, Reinhard Bütikofer und Anton Hofreiter (beide Bündnis 90/Die Grünen) sowie Ludwig Stiegler (SPD).

Stiegler schlug die Möglichkeit vor

Stiegler war es, der Ende August erstmals die Möglichkeit eines so genannten „Public Private Partnership“, eine Kooperation zwischen Staat und privaten Unternehmern, ins Spiel brachte. „Die ständigen Gespräche mit namhaften Politikern haben letztlich dazu geführt, dass das Thema auch in Berlin immer aufmerksamer beobachtet wurde“, so Joneitis.

Erleichterung herrschte auch bei den Grünen des Landkreises über das vom Bundesverkehrsministerium verkündete Aus für die geplante Autobahnraststätte. „Dieses Einlenken in Berlin zeigt einmal mehr, dass wohlbegründeter Widerstand gegen unsinnige Projekte durchaus belohnt werden kann. Und der Einsatz der Staffelbacher war außergewöhnlich“, sagte Kreisvorsitzender Andreas Lösche, der sich zusammen mit den Grünen in Land- und Bundestag gegen die Rastanlage eingesetzt hatte.

Auch die letztlich einstimmige Ablehnung der Rastanlage im Kreistag geht auf eine Initiative der Grünen zurück. „Zum Wohle der Staffelbacher Bevölkerung setzen wir nun auf das angedachte Public Private Partnership mit dem Knetzgauer Autohof“, betonte Lösche, der das Aus der Pläne als großen Erfolg der Vernunft und als Sicherung der Lebensqualität für die Staffelbacher bezeichnete.

Quelle: Fränkischer Tag, 31.01.2009